



Zusammenfassung

Podiumsdiskussion, 10. Juni 2010

Österreich als aktives Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft

Zur Debatte über eine neue österreichische Sicherheitsdoktrin

Andrea Schmidtberger

Diskussionsteilnehmer:

Dr. Werner Fasslabend (Präsident des Österreichischen Instituts für Europäische Friedenspolitik)

Dr. Friedhelm Frischenschlager (Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung)

Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner (oiip, Redaktionsmitglied INTERNATIONAL)

MEP Mag.a Ulrike Lunacek (Grüne)

Generalmajor Mag. Johann Pucher (Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im BMLvS)

Moderation:

Fritz Edlinger (Herausgeber INTERNATIONAL)

Begrüßung:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll (Direktor des oiip)

Veranstaltungsort: Festsaal des Bundesgymnasium Wasagasse, 1090 Wien, Wasagasse 10

Teilnehmer/innen: ca. 100

Zehn Jahre nach Beschluss der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin für Österreich wird aufgrund des sich verändernden Umfelds und der nationalen und internationalen Entwicklungen eine neue Doktrin erforderlich. Diese Forderung wird mittlerweile nicht nur in akademischen Debatten, sondern auch in der Politik diskutiert. Diese Veranstaltung konnte einen Einblick in die Bandbreite an Standpunkten zur Thematik liefern, da sowohl Vertreter_innen der Wissenschaft als auch der Politik daran teilnahmen. Die Diskutant_innen kamen grundsätzlich zu der Übereinstimmung, dass es einer neuen Doktrin bedürfe, für deren Ausrichtung sie allerdings unterschiedliche Empfehlungen abgaben.

In seinem Statement fasste Werner FASSLABEND die Entwicklungen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik während und nach seiner Zeit als Minister für Landesverteidigung zusammen und besprach Zweck und Inhalte der aktuell geltenden Sicherheitsdoktrin. Im Gegensatz zu seinen Kolleg_innen am Podium sah FASSLABEND keine besondere Dringlichkeit für die Schaffung einer neuen Doktrin, räumte aber ein, dass sich die sicherheitspolitische Lage verändert habe. Damit seien etwa Terrorismus bzw. die asymmetrische Bedrohung sowie Gefahren im Bereich Cyber-Security, zudem Energiefragen, Staatszerfall und ähnliches gemeint, für die es gelte, Konzepte zu entwickeln. Ein neues Strategiepapier solle jedenfalls zukunftsweisend sein und Richtlinien vorgeben und dürfe nicht lediglich den Stand der Diskussion zusammenfassen bzw. auf die aktuelle Regierung zugeschnitten sein. Die Entwicklungen im vergangenen Jahrzehnt hätten einerseits eine Europäisierung und andererseits eine Globalisierung der Sicherheitspolitik gezeigt, was bei der Neuschaffung einer österreichischen Sicherheitsdoktrin berücksichtigt werden müsse. Vor allem kleinere und mittlere Staaten der EU würden nicht umhin kommen, in den nächsten Jahren bestimmte Sicherheitsleistungen auf die europäische Ebene zu heben und für sich eine Prioritätensetzung vorzunehmen. Für Österreich müsse jedenfalls genau überlegt werden, welche autonomen Sicherheitsleistungen man erbringen könne und wie die europäische sowie die NATO-Sicherheitspolitik ausgerichtet sei bzw. sein werde.

Friedhelm FRISCHENSCHLAGER wies in seinem Statement darauf hin, dass die Sicherheitskonzepte und Standpunkte, die zu seiner Zeit als Minister der Landesverteidigung vorherrschend gewesen seien, sich auch heute noch stark in diesem Rahmen bewegen würden. Die österreichische Sicherheitsdiskussion bewertete er als etwas verhalten und merkte an, dass die europäische Dimension ausgeblendet werden würde. Für ihre Zeit sehr forsch schätzte FRISCHENSCHLAGER die Sicherheitsdoktrin von 2001 ein, die auch aktuell geltende Standpunkte beinhalte, da sich seiner Meinung nach die Situation nicht grundlegend verändert habe. Er plädierte für eine Diskussion des Sicherheitsthemas in

friedlichen Zeiten, um für Zeiten der Krise und Konflikte gerüstet zu sein. Für Österreich bedeute dies, die auch bisher schon fokussierte gemeinsame europäische Sicherheitspolitik konsequent weiterzuvollziehen, da die österreichische Situation stark mit der europäischen Lage verknüpft sei. Österreichs Beitrag zu einer erfolgreichen europäischen Sicherheitspolitik auf ziviler und militärischer Ebene liege am ehesten im zivilen Bereich, wo es bereits erfolgreich tätig gewesen sei, um somit zur internationalen Sicherheit beitragen zu können.

Die Sicherheitsdebatte betrachtete Heinz GÄRTNER aus einer (politik)wissenschaftlichen Perspektive, indem er auf die veränderte bzw. sich verändernde globale Situation hinwies, die somit auch ein verändertes Handeln notwendig mache. Statt einer polarisierten Weltordnung müsse heute von einer Art „multizentralen“ Weltordnung gesprochen werden. Die aktuellen Probleme wie etwa Klimawandel, Terrorismus, Armut und ihre Auswirkungen seien von globaler Natur und würden globale Strategien, wie etwa Hillary Clintons Konzept der „Multipartnerschaft“, erfordern. Solidarität dürfe nicht als (militärische) Beistandsverpflichtung – wie die NATO dies für ihre Mitglieder festschreibe – verstanden werden, sondern müsse eine internationale Dimension erreichen und neu definiert werden. GÄRTNER plädierte für die Verwendung neuer Begrifflichkeiten. So etwa weise der Begriff „Human Security“ darauf hin, dass es in der Sicherheitsdiskussion nicht nur um Gefahren für Staaten, z.B. ihre Souveränität, gehe, sondern um die Lage der Menschen. Für mittlere und kleine Staaten wie Österreich sei es jedenfalls notwendig, ihr Profil in der Sicherheitsthematik zu schärfen und die jeweiligen Fähigkeiten zu finden und zu stärken. Qualifiziertes Personal spiele dabei eine wichtige Rolle, auch im nicht-militärischen Bereich, in dem Österreich zum Beispiel beim Einsatz im Tschad gute Arbeit leisten konnte. Nicht nur für Österreich, auch für die EU gelte, dass sie sich aktiv an der Bewältigung der neuen Herausforderungen beteiligen müsse, um in der internationalen Sicherheitspolitik Relevanz zu behalten. Österreich solle, so GÄRTNER, das Konzept der engagierten Neutralität verfolgen. Das bedeute, in Konflikten keine passive Rolle einzunehmen, sondern sich bewusst als neutraler Staat, das heißt ohne geostrategischen Interessen, zu engagieren, was in Konfliktsituationen einen erheblichen Vorteil bieten könne.

Ulrike LUNACEK sprach sich in ihrem Statement für eine Veränderung der Begrifflichkeiten und der Schwerpunktsetzung in der Sicherheitspolitik aus. In einer neuen österreichischen Sicherheitsdoktrin müsse auf die veränderte internationale Situation eingegangen werden – so etwa stelle sogar die NATO fest, dass das Szenario einer Invasion und eines Angriffs

nicht mehr realistisch wäre, da die Bedrohungen heute anderer Natur wären. Bei der Diskussion des Konzepts der „umfassenden Sicherheit“ müsse beachtet werden, wofür Verantwortlichkeiten bestünden und globale Solidarität auf die menschliche Sicherheit bezogen werden. Vor allem in den sogenannten „soft powers“ könne Österreich seinen Beitrag zur globalen Sicherheit leisten, indem es sich den dringlichen und grundlegenden Problemen wie Klimawandel, Energiesicherheit und Armut stelle. Prävention, so LUNACEK, sei (mindestens) gleichrangig mit militärischer Sicherheit, und dies sei auch von der EU so festgeschrieben. Demnach habe die Sicherheitspolitik Österreichs eindeutig im präventiven und zivilen Bereich zu liegen. Investitionen in ziviles Krisenmanagement seien ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bei der Erstellung einer neuen österreichischen Sicherheitsdoktrin sei vor allem die Einbindung des Parlaments wichtig, um eine breite Unterstützung zu gewährleisten, zudem müssten Prioritäten der österreichischen Sicherheitsleistung festgesetzt werden. Ein politischer Rahmen für militärische Einsätze sei jedenfalls notwendig, um eine nachhaltige Lösung von Konflikten zu gewährleisten.

Johann PUCHER sprach sich ebenfalls für die Schaffung einer neuen Doktrin aus, beleuchtete das aktuelle Papier und gab Empfehlungen für das folgende ab. Die Entwicklungen und Veränderungen der vergangenen 10 Jahre würden es notwendig machen, die Ausrichtung der österreichischen Sicherheitsdoktrin zu verändern, sie der aktuellen Situation anzupassen sowie vorausschauend zu planen. Die EU und ihre Erweiterung, der Lissabon Vertrag, die Auswirkungen durch Migration, Fragen der Energiesicherheit, des Klimawandels und der Wirtschaftskrise, Cyber-Kriminalität und ebenso ein dynamisches Konfliktspektrum, bei dem geographische Entfernungen der Konflikte keine Rolle mehr spielen, seien Punkte, die berücksichtigt werden müssten, so PUCHER. Schwächen der geltenden Doktrin sei etwa ihre Ausrichtung auf die Regierung, die sie erstellte, sowie die Militärlastigkeit zuungunsten des zivilen Bereichs, der mangelnde gesamtstaatliche Ansatz und die mangelnde Thematisierung des Zusammenhangs von Entwicklung und Sicherheit sowie von Human Security. Der Zweck und die Art einer neuen Doktrin müsse genau geklärt werden, etwa ob es ein operatives Dokument werden solle, oder eher ein politisches Papier. Schließlich sei noch der Name des Papiers zu diskutieren, da nach Meinung PUCHERS „Sicherheits und Verteidigungsdoktrin“ zu sehr auf traditionelle, auf Abwehr konzentrierte Konzepte verweisen würde. Dafür müsse bei Erstellung der Doktrin eine offene Diskussion zugelassen, die Positionierung Österreichs innerhalb der Sicherheitspolitik der EU geklärt, Prioritätsregionen sowie –thematiken festgesetzt und die Interessen offengelegt werden. Eine klare Position Österreich sei jedenfalls notwendig, um in der internationalen Sicherheitspolitik Geltung zu erlangen.

Das Publikum hatte im Anschluss an die Statements der Diskutant_innen viele Fragen und Anregungen zu der Thematik. Es wurde etwa angemerkt, dass eine neue Sicherheitsdoktrin in Österreich fast unweigerlich zu einer Diskussion über die Neutralität und NATO führe, was dem Erfolg eher abträglich wäre. Zudem werde ausgeblendet, dass „Beistandspflicht“ nicht ausschließlich auf Militärisches bezogen sei, sondern auch in Bereichen wie Cyber-Security gelte. Interesse herrschte auch an den Möglichkeiten der Vergemeinschaftung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU, jedoch auch an den Gefahren, die eine verstärkte zivile und militärische Kooperation mit sich bringen könne. Informationsbedarf bestand auch an der Kooperation zwischen österreichischem und israelischem Militär sowie über mögliche engere Kooperationen mit der OSCE. Angemerkt wurde zudem, dass die wohl größte Gefährdung der Sicherheit aktuell die Wirtschaftskrise darstelle, womit auch die Diskutant_innen übereinstimmten.

Auf die Frage der Kooperation mit Israel führte PUCHER aus, dass diese zwar politisch, jedoch nicht rechtlich bindend sei. Der Zweck sei ein Erfahrungsaustausch sowie Rüstungskontakte und es gelte Österreichs Rolle in dieser Region festzulegen und somit zu klären, ob umfassende Kontakte aufgenommen werden sollen. In der Schwarzmeerregion sei Österreich eben dabei, Unterstützung und Kooperation auszubauen, was auch von verschiedenen Ministerien in Zusammenarbeit forciert werde. LUNCACK hob hervor, dass die Priorität der EU vor allem auf der gemeinsamen Außenpolitik, mit einem Schwerpunkt auf zivilen und ökologischen Angelegenheiten, zu liegen habe, nicht jedoch auf Sicherheitspolitik. Die Rolle des Europäischen Parlaments sei vor allem in der Frage der Überwachung der zivil-militärischen Kooperation und der Zusammenarbeit mit der OSCE relevant, wobei es sich hier auch bereits mehr Kompetenzen sichern konnte. Die NATO entwickle zur Zeit ein neues strategisches Konzept, erläuterte GÄRTNER. An diesem Konzept zeige sich eine gewisse Gespaltenheit innerhalb der Organisation: Einerseits sei ein Wille zu globalem und umfassendem Handeln vorhanden, andererseits werde gleichzeitig der Artikel V. gestärkt, der die Beistandspflicht im klassischen, also militärischen Sinn, betone. Auch FRISCHENSCHLAGER wies darauf hin, dass das Verhältnis zwischen EU und NATO sowie jeweils die eigene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik erst geklärt werden müssten. FASSLABEND betonte, dass das heutige Sicherheitsgefühl, das in Österreich und der EU vorherrsche, unter anderem durch eine starke NATO bedingt sei. Deren Stärke sei ein Garant für die Sicherheit, denn ausschließlich Soft Power würde dafür nicht ausreichen. Eine Ausweitung des Artikels V. auf die sogenannten Petersberger Aufgaben (humanitäre, friedenserhaltende und humanitäre Aufgaben sowie Kampfeinsätze), so GÄRTNER, würde für Österreich jedoch eine Einschränkung seiner Zusammenarbeit mit

der NATO bedeuten, da dieser Fokus auf den militärischen Charakter des Bündnisses nicht mit der Neutralität Österreichs vereinbar wäre. Die OSCE könne vor allem bei den Beziehungen mit Russland eine Rolle spielen, da dessen Beziehungen zur NATO schwierig seien. Präsident Mededew habe bereits gute Vorstöße gemacht und das Gespräch zur Zusammenarbeit gesucht. Ein neutraler Staat wie Österreich hätte gute Chancen, sich hier gut zu positionieren. Generell sei die zivile Komponente bei internationalen Einsätzen gegenüber der militärischen unterproportional vertreten; hier sähe GÄRTNER viele Verbesserungsmöglichkeiten. FRISCHENSCHLAGER betonte einmal mehr die Wichtigkeit der europäischen Dimension für kleine bzw. mittlere Staaten wie Österreich und damit einhergehend die Profilschärfung und Schwerpunktsetzung bei den Aufgaben. Auch wies er darauf hin, dass Sicherheitspolitik ein umfassendes Thema sei und Verteidigung sowie das Militärische nur eine Komponente davon. Präventivere Wirkung habe klarerweise der zivile Aspekt der Sicherheitspolitik, stimmte FRISCHENSCHLAGER mit LUNACEK überein. Nichtsdestotrotz müsse man militärisch einsatzfähig sein und auf militärische Bedrohungen reagieren können, ob auf nationalstaatlicher oder auf EU-Ebene. Generell seien die Verteidigungsstrukturen der einzelnen EU-Staaten sehr teuer und durch Synergien könnten in diesem Bereich viele Einsparungen vorgenommen werden. Die Sicherheitspolitik der EU und der Ausbau der Instrumente für zivile und militärische Aspekte seien jedenfalls dringende und aktuelle Anliegen, bei denen Österreich seinen Beitrag leisten müsse. FASSLABEND betonte die Wichtigkeit der Entwicklung einer starken europäischen Sicherheitspolitik, um die eigenen Interessen angemessen vertreten zu können. Allerdings sei die Entwicklung Europas noch im Gange, wodurch es ihm noch an Stärke fehle. Dies verlange, dass das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Staaten weiterhin gewahrt bleibe. In Österreich herrsche vielfach noch ein Denken in alten Kategorien und Mustern vor, zum Beispiel was die Beziehung zu NATO betreffe, konstatierte FASSLABEND ein gewisses Missverhältnis. Eine Sicherheitsdoktrin würde eine Verbesserung in manchen Entscheidungssituationen bieten, indem es klare Kompetenzen festlege. Mit seinen Mitdiskutant_innen kam er zur Übereinstimmung, dass eine neue Bezeichnung der Doktrin notwendig sei, um ihre Zukunftsorientiertheit zu betonen.

Weiters wurde vom Publikum angesprochen, dass – auch in den Statements der Diskutant_innen – klare Definitionen erforderlich seien: zum Beispiel jene des Sicherheitsbegriffes in Abgrenzung zum Kriegsrecht sowie was gemeint sei, wenn von Europa gesprochen werde. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass ein gemeinsames Europa an der nationalen Orientierung der Politiker_innen scheitern könne und somit eine Verlagerung der Sicherheitspolitik auf die europäische Ebene gut überlegt werden müsse. Auch die Cyber-Security müsse analysiert werden, um einerseits zu wissen, worüber gesprochen wird, und andererseits, um adäquat darauf reagieren zu können. Dies könne

unter anderem eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bedeuten, wenn davon ausgegangen würde, dass der Cyber-Raum ein ziviler Raum sei und nicht mehr ausschließlich von staatlicher Seite kontrolliert bzw. betrieben werde.

PUCHER sprach sich für eine stärkere Kooperation der österreichischen mit der europäischen Sicherheitspolitik aus, um die Mittel bewusster einzusetzen und Duplizierungen vermeiden zu können. Die Integration Europas werde jedenfalls fortschreiten und die Beziehungen Österreichs zu seinen Nachbarstaaten müssten auf jeden Fall – auch ohne EU – gepflegt werden. Für das österreichische Bundesheer bedeute dies genaue Planung und Abwägung, wie viel und welche Kompetenzen an die Partner_innen abgegeben werden könnten und sollten. LUNACEK betonte ihren Wunsch nach Aufbau eines zivilen Friedensdienstes und bedauerte, dass aktuell noch staatliche Interessen gegenüber einem Willen zur stärkeren Integration und politischen Union vorherrschend seien. Sie plädierte für ein gemeinsames Europa mit einer gemeinsamen Außenpolitik mit Schwerpunkt auf Soft-Power. GÄRTNER hob hervor, dass für eine umfassende Sicherheit ein genaues Verständnis und eine Analyse des internationalen Systems notwendig seien, um die aktuellen Strukturen begreiflich machen zu können und nicht auf veraltete Konzepte, wie etwa aus der Zeit des Kalten Kriegs zurückgreifen zu müssen. FRISCHENSCHLAGER unterstrich, dass Sicherheitspolitik umfassend sei, und etwa Bereiche wie Krisenmanagement, -führung, -prävention, -bekämpfung und -nachbehandlung enthalte. Kriegsrecht und Sicherheitspolitik würden in Anbetracht der gegenwärtigen Entwicklungen immer mehr ineinander übergreifen, betonten FRISCHENSCHLAGER und auch Otmar HÖLL. Vor allem in Krisensituationen würden immer noch Nationalismen die Diskussion in der EU beherrschen, was die politische Kommunikation schwieriger mache. Allerdings würde es keine Alternative zur EU geben und die – wenngleich langsam fortschreitende – Entwicklung der EU in Richtung politischer Union sei zu begrüßen. Sowohl die europäische als auch die österreichische Sicherheitspolitik müsse offensiv und vor allem öffentlich debattiert werden, um einen breiten Ansatz zu ermöglichen. FASSLABEND stimmte zu, dass sich Konflikte heute nicht mehr rein militärisch lösen ließen und auch nicht mehr von einer Macht oder einem Staat allein. Es müssten gesamtheitliche Ansätze sowohl in organisatorischer und strategischer Hinsicht angestrebt als auch die Verbindung zwischen militärischen und zivilen Aspekten ausgeglichen hergestellt werden. Österreich solle eine kompakte und klare neue Doktrin schaffen, die offen, gestaltunswillig sowie zukunftsweisend sei und die eigene Rolle klar definiere, fasste FASSLABEND die Wünsche der Diskussionsteilnehmer_innen schließlich zusammen.